

Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 14. Dezember 2017.

Dem Antrag der Linken, den Beschluss zum Bau einer vierzügigen Realschule inkl. Dreifach-Sporthalle an der Koetschaustraße öffentlich zu behandeln, konnte wegen des Submissionsergebnisses, nicht gefolgt werden.

### **Bericht aus der Kleinen Kommission Wehrhahn-Linie**

Die Kommission wurde über den Stand von Restarbeiten an der Oberfläche und die Abarbeitung von Restmängeln informiert. Die Prognose der Gesamtkosten liegt bei 863,4 Mio. Euro brutto. Schlussrechnung und Nachtragskalkulation werden derzeit überprüft. Im Zusammenhang mit der Endabrechnung wird die Zuordnung von Schnittstellen mit dem Projekt Kö-Bogen (Archäopoint, Oberfläche) geprüft.

### **Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen**

Die Kommission wurde über die Bauarbeiten unterrichtet. Der Corneliusplatz sowie der Pavillon auf dem Martin-Luther-Platz sind fertiggestellt. Der südliche Teil der Hofgartenpromenade ist nahezu fertig. Mit der Offenlegung der Düssel wurde begonnen. Die Bauarbeiten für die Tiefengründung des Kö-Bogens II sind weitestgehend abgeschlossen. Die Zwischendecke, die als Arbeitsebene sowohl für die unteren als auch die oberen Geschosse der Tiefgarage dient, ist nahezu vollständig fertiggestellt. Für die Gestaltung des Betriebsgebäudes zwischen Libeskindgebäude und Dreischeibenhaus wurde eine Lösung gefunden, indem Sitzbänke mit hoher Rückenlehne für die Tunnelabluftführung genutzt werden. Es müssen ein bis zwei kleine Schaltschränke aufgestellt werden. Die Kommission befasste sich mit der geplanten Verlagerung der Lamellenfassade des Kö-Bogens II in den öffentlichen Straßenraum. Der öffentliche Straßenraum wird entlang der Schadowstraße und der Bleichstraße um 30 cm überbaut, was nicht zu Einschränkungen oder Behinderungen des Fußgängerverkehrs führt. Der Investor zahlt ein einmaliges Überbauentgelt und wertet das Umfeld des Kö-Bogens II auf durch weitere Baumpflanzungen entlang der Schadowstraße und auf dem Gustav-Gründgens-Platz sowie Fahrradabstellanlagen. Für das Kassenhäuschen des Schauspielhauses wurde die Abbruchgenehmigung erteilt.

### **Bericht aus der Kleinen Kommission Schauspielhaus**

Der Kommission wurde der Sachstand zur Sanierung von Dach und Fassade vorgestellt. Die Kosten für die Demontage- und Entsorgungsarbeiten liegen auf Grundlage des Submissionsergebnisses bei rd. 1,6 Mio. Euro und damit deutlich über der Schätzung von 1 Mio. Euro. Die Sanierung der Technischen Gebäudeausrüstung soll bis Ende 2017 abgeschlossen sein, die Maßnahmen zur Sanierung und zum Umbau der öffentlichen Bereiche werden aktuell vorbereitet.

### **Verwaltungsvorlagen**

Vorbehaltlich der Erteilung des uneingeschränkten Vermerks der Gemeindeprüfanstalt NRW stellte der Rat den **Jahresabschluss 2016 des Stadtbetriebs Zentrale Dienste** fest, erteilte dem Betriebsausschuss Entlastung und beschloss, den Überschuss in Höhe von 144 TEuro der allgemeinen Rücklage des Stadtbetriebs Zentrale Dienste zu zuführen (einstimmig). Da der Rat im Mai d.J. beschlossen hat, dass der Stadtbetrieb Zentrale Dienste ab 2018 wieder ein städtisches Amt wird, war es nicht mehr erforderlich, einen eigenen Wirtschaftsplan zu beschließen.

Der Rat stellte einstimmig den **Jahresabschluss 2016 des Stadtentwässerungsbetriebes (SEBD)** fest und entlastete den Betriebsausschuss jeweils vorbehaltlich des uneingeschränkten Vermerks der Gemeindeprüfanstalt.

Er beschloss, aus dem Überschuss in Höhe von 10,8 Mio. Euro einen Teilbetrag in Höhe von 3,5 Mio. Euro an den allgemeinen Haushalt auszuschütten und den verbleibenden Betrag den Rücklagen des SEBD zuzuführen.

Der Rat stellte einstimmig den **Wirtschaftsplan des Stadtentwässerungsbetriebes 2018** sowie die Erfolgs- und Vermögensplanung bis 2021 fest. Weiterhin nahm er die Gebührenkalkulation ab 1.1.2018 zur Kenntnis (Enthaltung Linke). Durch Entnahmen aus der Gebührenausgleichsverbindlichkeit in Höhe von 4,4 Mio. Euro können die Gebühren unverändert bleiben. Der Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung wird von 6,45 % auf 6,31 % reduziert. Die **Gebühren für die Schmutzwasserentsorgung in Höhe von 1,52 Euro je cbm und für die Niederschlagswasserentsorgung in Höhe von 0,98 je qm** befestigter Fläche bleiben unverändert, wobei für die Niederschlagswasserentsorgung von Gründächern ein ermäßigter Gebührensatz von **0,49 Euro** je qm Gründach gilt.

Der Rat beschloss gegen die Linken die Gebührenkalkulation für die **Straßenreinigung 2018**. Die Gebühren steigen wegen erhöhter Logistikkosten um 3 %. Bei einigen Straßen wurden die Reinigungsklassen geändert, neue Straßen wurden in die Satzung aufgenommen. Die Verwendung von Streusalz kann nun als Ordnungswidrigkeit geahndet werden.

Der Rat beschloss gegen die Linken neue **Gebührentarife für den Bereich des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes**. Einige Gebühren werden im Hinblick auf Tarif- und Kostensteigerungen um bis zu 4,6 % angepasst.

Der Rat beschloss bei Enthaltung der Linken **neue Gebührentarife im Friedhofsreich**. Die Kostensteigerungen sowie die Sondermaßnahmen zur Instandsetzung der Infrastruktur auf den Friedhöfen in Höhe von 1,1 Mio. Euro werden insgesamt durch eine Entnahme aus der Gebührenausgleichsrücklage ausgeglichen. Die Gebühren im Bereich Krematorium bleiben unverändert. Die Kostensteigerungen werden durch die Gebührenausgleichsrücklage ausgeglichen. Bei den Grabnutzungsrechten gibt es geringfügige Erhöhungen, bei den Bestattungskosten geringfügige Reduzierungen.

Der Rat beschloss bei Enthaltung der Linken die Gebührenkalkulation und Gebührensatzung für die **Abfallentsorgung 2018**. Die Gebührensätze für die Restmülltonnen sinken um 0,3%, die Gebühren für die Biotonnen um 3%. Gestiegene Erlöse für Wertstoffe, insbesondere Altpapier, fangen die Mehraufwendungen für logistische Leistungen auf. Eine veränderte Satzung ermöglicht nun auch den Vollservice für Biotonnen (Zuschlag 31,65 Euro).

Der Rat änderte gegen Linke, Pirat, Republikaner bei Enthaltung der AfD die **Gebührensatzung für Übergangsheime und Obdachlosenunterkünfte**. Die Nutzungsgebühren werden von 5,50 Euro auf 6,25 Euro (Standard) bzw. von 6 auf 6,80 Euro (gehobener Standard, Wohnungen) angehoben. Für LeistungsempfängerInnen werden diese Gebühren übernommen, für AsylbewerberInnen werden sie über den Bund refinanziert. Dies führt zu Mehreinnahmen in Höhe von rd. 0,3 Mio. Euro.

Der Rat beschloss einstimmig, für die **Neue Schauspiel GmbH** für 2017 1.096.634 EUR überplanmäßig bereitzustellen. Der von der Gesellschafterversammlung genehmigte Wirtschaftsplan 2016/2017 beziffert den städtischen Anteil an der institutionellen Förderung auf 12.913.610 EUR zzgl. eines Zuschusses von 216.000 EUR für das Junge Schauspielhaus. Hiervon wurden bislang 12.063.906 EUR bereitgestellt. Der Differenzbetrag von 1.065.704 EUR soll überplanmäßig bereitgestellt werden. Bestandteil des Wirtschaftsplanes 2016/2017 war zudem der Ausgleich von Mindererlösen durch die Stadt in Höhe von bis zu 500.000 EUR, die dadurch entstehen, dass

die Neue Schauspiel GmbH das Gebäude am Gustaf-Gründgens-Platz nicht nutzen kann. Die Spielzeit 2016/2017 ist sowohl künstlerisch als auch wirtschaftlich erfolgreich verlaufen, so dass statt der bis zu 500.000 EUR nun Mindererlöse in Höhe von lediglich 30.930 EUR geltend gemacht werden.

Der Rat beauftragte einstimmig den Oberbürgermeister mit der „Linksniederrheinische Entwässerungs-Genossenschaft“ (kurz LINEG) eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die **Durchführung der Beihilfesachbearbeitung** zu schließen. Die LINEG beabsichtigt, die bisher noch durch den Ruhrverband Essen erfolgte Bearbeitung für ihren beihilfeberechtigten Personenkreis dem Competence Center Beihilfe der Landeshauptstadt Düsseldorf im Rahmen der Interkommunalen Kooperation zu übertragen. Die zusätzlichen Personal- und Sachkosten des Competence Centers Beihilfe sind durch die in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung vereinbarten Serviceentgelte und den Ersatz der Auslagen gedeckt.

Der Rat beschloss gegen Linke und TP/FW, die medizinische **Vergabe von Substitutionsmitteln in der Flurstraße** im Laufe des Jahres 2018 einzustellen, wobei die 5 städtischen Stellen zur psychosozialen Betreuung Substituierter erhalten bleiben. Frei werdende Mittel werden in den Haushalt 2018 ff eingestellt und mit einem Sperrvermerk versehen. Über die Mittelfreigabe entscheidet der Ausschuss für Gesundheit und Soziales nach Vorlage des konkreten Konzeptes der dezentralen Hilfezentren unter Berücksichtigung trägerübergreifender Standardisierung und einheitlicher Betreuungsschlüssel. Hierbei ist zu überprüfen, ob als Standort die Flurstraße in Frage kommt. Weiterhin soll geprüft werden, ob das erste dezentrale Hilfezentrum für opiatabhängige Konsumenten und Konsumentinnen mit Lebensmittelpunkt im Düsseldorfer Süden in Holthausen am „Kamper Acker“ eingerichtet und die Betreuung durch städtische Stellen zur psychosozialen Betreuung gewährleistet werden kann. Die mittelfristige Finanzplanung soll durch nicht verausgabte Mittel, die durch die Schließung der Methadon- und Drogenambulanz frei werden und zu beantragende Finanzmittel beim Landschaftsverband Rheinland gesichert werden. Zur Umsetzung des Ratsbeschlusses bedarf es der abschließenden Durchführung des Beteiligungsverfahrens nach dem Landespersonalvertretungsgesetz NW.

Der Rat beschloss einstimmig den Beitritt als Mitglied mit Sonderrecht in den **"Verein zur Förderung der Wissensregion Düsseldorf e. V."** und die Entsendung von Herrn Stadtdirektor Hintzsche als städtischen Vertreter in den Vorstand. Die Projekte und Maßnahmen des Vereins sollen die Stadt Düsseldorf und die Region als Wissensstandort für Studierende, Lehrende und für alle Nutzer und Erzeuger von Wissen attraktiv machen, die Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung verbessern und ein Forschungsprofil der Region schärfen. Die Öffentlichkeitsarbeit für die Wissensregion wird der Verein übernehmen. Der Beitrag beträgt 15.000 Euro im 1. Jahr, dann 2.500 Euro jährlich.

Der Rat nahm das **Klimaanpassungskonzept** zustimmend zur Kenntnis und beschloss dessen Umsetzung. Es betrifft die Bereiche

- „Mensch“: Schutz vor Hitzestress, Vermeidung von Personenschäden bei extremen Unwetterereignissen, Vermeidung der Ausbreitung von temperatur- und feuchtigkeitsbedingten Krankheitserregern;
- „Umwelt“: Resistenz sowie Schutz von Bäumen und anderen Anpflanzungen gegenüber Extremwetterereignissen und klimabedingten Krankheiten, Eindämmung der Einschleppung und Verbreitung invasiver Tier- und Pflanzenarten, Erhalt der Bodenfunktionen und der Bodendiversität bei sich ändernden Temperatur- und Niederschlagsverhältnissen, Sicherung einer hohen (Trink-)Wasserqualität und -quantität sowie eines guten Gewässerzustandes ;

- „Gebäude und Infrastruktur“: Energieeffizienter Erhalt oder Verbesserung des Klimakomforts in Gebäuden und Fahrzeugen des ÖPNV, Vermeidung bzw. Reduzierung der Aufheizung exponierter Stadträume, Minderung des Überflutungsrisikos bei außergewöhnlichen Starkregenereignissen, Erhöhung des Schutzes vor Schäden durch Extremwetterereignisse, Sicherung des Verkehrsablaufes während und nach Extremwetterereignissen, Funktionsfähigkeit der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur bei Extremwetterereignissen;
- „übergreifende Ziele“: ämter- und städteübergreifende Zusammenarbeit zur Klimaanpassung, Sensibilisierung von Politik, Unternehmen und Öffentlichkeit für Klimaanpassungsthemen, Etablierung eines umfassenden Klimawandelmonitorings.

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Wetterdienst wurden die Klimawirkungen von Starkregenereignissen und Hitze untersucht. Die Ergebnisse sind in Belastungskarten zum Starkniederschlag und zur Hitze verarbeitet worden. Zu den empfohlenen Maßnahmen gehören die Weiterentwicklung der Starkregengefahrenkarte, die Grundwassermodellierung, die Fortschreibung der Klimaanalyse, die klimagerechte Entwicklung des Stadtwaldes, die Intensivierung der Dach-, Fassaden- und Innenhofbegrünung, das Stadtbaumkonzept, das Konzept zum Umgang mit Starkregenereignissen, ein Handlungsplan zur Verbesserung der Bodenkühlung und des Bodenwasserhaushaltes, ein Konzept zum Erhalt einer ortsnahen Trinkwasserversorgung, Empfehlungen für Planungsverfahren und ein Aktionsplan zur Verschattung und Abkühlung stark frequentierter öffentlicher Bereiche.

Der Rat beschloss einstimmig Änderungen der **Richtlinie „Klimafreundliches Wohnen und Arbeiten in Düsseldorf“** zur Förderung von Maßnahmen in privaten Wohngebäuden sowie gemischt genutzten Gebäuden mit Gewerbe- und Wohneinheiten, welche geeignet sind Energie einzusparen, die Energieeffizienz zu optimieren und als Ergebnis die Kohlendioxid-Emissionen zu senken. Die Änderungen betreffen die Förderung von Fernwärme, Dämmung und vollelektronisch geregelten Durchlauferhitzern. Wegen aktueller Probleme bei der Zertifizierung umweltfreundlicher Holzpellet-Heizkessel werden diese nicht mehr gefördert.

Der Rat erklärte (gegen Pirat), dass er beabsichtigt, gemeinsam mit dem Kreis Mettmann und der Stadt Hilden im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie zusammen mit den mitbedienten Aufgabenträgern und dem Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR), die Rheinbahn AG (Rheinbahn), die Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann GmbH (KVGM) und die Verkehrsgesellschaft Hilden GmbH (VGH) als „Gruppe von Verkehrsunternehmen Rheinbahn/ KVGM/ VGH“ für den Zeitraum vom 01.11.2019 bis 30.04.2042 im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags mit der Erbringung von öffentlichen Personenverkehrsdiensten in einem integrierten Gesamtnetz einschließlich der damit verbundenen gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Wege der **Direktvergabe** gemäß Art. 5 Abs. 2 der VO (EG) Nr.1370/2007 zu betrauen. Die Direktvergabe erfolgt im Rahmen der entsprechenden Regelungen der Satzung des VRR und der „Richtlinie zur Finanzierung des ÖSPV im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr“ nach dem VRR-Vergabemodell.

Gegenstand der Direktvergabe ist das bisher schon von der Rheinbahn, der KVGM und der VGH gemeinsam bediente Netz als integrierte Gesamtleistung bestehend aus Straßenbahn-, Stadtbahn- und Busverkehren. Zu diesem Netz zählen auch grenzüberschreitende Linien. Umfang, Art und Weise und Qualität der in diesem Gesamtnetz ab dem 01.11.2019 zu erbringenden Verkehrsdienste richten sich nach den vom Rat und dem Kreistag des Kreises Mettmann verabschiedeten jeweiligen Nahverkehrsplänen sowie den Vorgaben der Nahverkehrspläne der mitbedienten Aufgabenträger einschließlich politisch gewollter Leistungsänderungen während des Betrauungszeitrau-

mes. Der Rat ermächtigte die Verwaltung zur im ersten Quartal 2018 vorgesehenen Veröffentlichung der Direktvergabeabsicht im Rahmen einer Vorabbekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union.

Der Rat betraute einstimmig die **Bädergesellschaft Düsseldorf mbH** (Bäder GmbH) mit der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung der Bereitstellung und des Betriebs von im Eigentum der Bäder GmbH derzeit bzw. zukünftig befindlichen Badanlagen im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Düsseldorf und beauftragte die/den Kapitalvertreterin/Kapitalvertreter in der Holding der Landeshauptstadt Düsseldorf GmbH (Holding), eine entsprechende Weisung der Holding an die Bädergesellschaft herbeizuführen.

Der Rat verabschiedete einstimmig eine **Resolution**: Er verurteilt die Vorgänge anlässlich einer Demonstration auf dem Bertha-von-Suttner-Platz, in der öffentlich die israelische Flagge verunglimpft und israelfeindliche Parolen gerufen wurden. Der Rat stellt sich gegen jede Form von Antisemitismus. Auch aus der Verbundenheit mit der Partnerstadt Haifa setzt sich Düsseldorf für das Existenzrecht Israels und den Schutz der in Düsseldorf lebenden Menschen jüdischen Glaubens vor Antisemitismus und Gewalt ein. Er fordert Polizei und Ordnungsbehörde auf, gegen Verunglimpfungen Israels und seiner Bürgerinnen und Bürger sowie gegen antisemitische und fremdenfeindliche Aktivitäten entschieden mit den Mitteln des Rechtsstaates vorzugehen.

Der Rat beschloss, dass sich die Stadt an der **Zuführung zur Kapitalrücklage der Regio Fahrbetriebsgesellschaft GmbH** in Höhe von insgesamt 2 Mio Euro mit 39 % (0,78 Mio Euro) in den Jahren 2019 bis 2021 beteiligt. Er stimmte zu, sich an einer Bürgerschaft in Höhe von 1,455 Euro mit 567.450 Euro zu beteiligen. Dies ist erforderlich, um die langfristige Liquidität der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft GmbH für den Betrieb der Linien S 28 a und S 28 ab 2019 bzw. 2021 sicherzustellen.

## **Personalien**

Der Rat

- berief die Mitglieder der Kunstkommission Düsseldorf. Die SPD wird vertreten durch Peter Knäpper, Stellvertreterin Cornelia Mohrs. Als unabhängige Planerin wurde Ruth Reuter vom Ministerium für Heimat Bau Kommunales Gleichstellung berufen (Stellvertreterin Heike Schwalm LWL Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur). Als Kunsthistorikerin wurde Dr. Falk Wolf berufen (Vertreterin Dr. Alexandra Kolossa), als KünstlerInnen Katharina Sieverding, Via Lewandowsky, Noemi Weber, Stephan Machac, Jörg Thomas Alvermann, Johannes Bendzulla, Oliver Gather und Stefan Sous (Stellvertreter/innen Katharina Monka, Anna Mirbach, Björn Bock, Thomas Stricker, Clemens Botho Goldbach, Christoph Westermeier, Robin Merksch, Angela Fette und Sebastian Freytag). Von der Kunstakademie soll noch ein Vorschlag benannt werden. Weiterhin wird der/die planende Architekt/in oder ein/e Vertreter/in in die Kommission berufen;
- beschloss die Einrichtung eines Beirats für das Fotofestival „Duesseldorf Photo“, das erstmals vom 16. bis 25.2.2018 durch das NRW-Forum veranstaltet wird. Die SPD wird vertreten durch Cornelia Mohrs, Stellvertreter Matthias Herz. Externe Fachvertreter sind die Künstlerin Katja Stuke, die Hochschulprofessorin Mareike Foecking, der Galerievertreter Rupert Pfab, Heide Häusler als Vertreterin des Fotofestivals und Carl Friedrich Schöer als Kritiker/Kurator.
- wählte erneut die Schiedsfrau Barbara Materne-Blunk für den Schiedsbezirk Derendorf und Golzheim und Klaus Mühlau für den Schiedsbezirk Altstadt, Carlstadt, Stadtmitte und Pempelfort;
- bestellte Yvan Calijkusic und Ingo Möllhoff als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat der Deutschen Oper am Rhein Theatergemeinschaft Düsseldorf-Duisburg gGmbH, Vertreter Gerd Büker und Michael Piechocki;

- berief Thomas Loosen (Leiter des Umweltamtes) als stellv. Mitglied in die Kommission nach § 32b Luftverkehrsgesetz;
- wählt für sechs Jahre Stefan Wiedon CDU und Markus Weske, MdL SPD zu Mitgliedern der Veranstaltergemeinschaft "Neues Lokalradio Düsseldorf e.V.".

## **Bauen**

Der Rat beschloss gegen die Linke die Kriterien des Verkaufs von zwei Baugrundstücken im Baufeld WA 2 **Auf'm Wettsche** (Pastor-Dörr-Ring) sowie den Verkauf an den jeweils Höchstbietenden. Das Mindestgebot beträgt für die jeweils 455 qm großen Grundstücks jeweils 300.300 Euro.

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung mit der Planung und Kostenberechnung:

- Abriss und Ersatzneubau der **Theodor-Litt-Realschule** mit voraussichtlichen Kosten von 25,6 Mio. Euro. Der Grundsatzbeschluss vom 5.11.2015 zur Gesamtanierung wurde aufgehoben, nachdem diese nach einer Ausschreibung auf 21,6 Mio Euro geschätzt wurde und die Durchführung 5 Bauabschnitte erfordern würde. Der Ersatzneubau kann in 2 Bauabschnitten im laufenden Schulbetrieb mit nur 2 Umzügen in Interimscontainer innerhalb von rund 3 Jahren erfolgen. Durch den vollständigen Abriss der Bestandsbebauung entfällt das Restrisiko der PCB-Sanierung. Bei einem Neubau sind reduzierte Bewirtschaftungskosten zu erwarten. Eine Grundstücksteilfläche kann möglicherweise für Wohnungsbau genutzt werden, was mit einem Verkaufserlös in einer Größenordnung von 2,6 Mio. verbunden wäre. Der Ausführungsbeschluss soll im 1. Quartal 2019 gefasst werden. Die Fertigstellung soll bis Ende 2022 erfolgen.

Der Rat beschloss einstimmig die Ausführung des folgenden Projektes durch die Immobilien Projekt Management Düsseldorf GmbH. Die Finanzierung soll im Rahmen eines Mietmodells mit der Option, das Gebäude zu einem späteren Zeitpunkt zu erwerben, erfolgen:

- **Regenbogenschule - Städt. Gemeinschaftsgrundschule**, Kirchfeldstraße 74-80, dreigeschossiger Ersatzneubau für die Verlagerung der Regenbogenschule Jahnstraße einschließlich der erforderlichen Sanierung der Bestandssporthalle um diese auch als Aula nutzen zu können sowie Rückbau des schadstoffbelasteten Bestandsschulgebäudes Kirchfeldstraße 74-80 (nach Auflösung der Dependance der Dumont-Lindemann-Hauptschule im Juli 2019); Gesamtkosten 16 Mio. Euro. Baubeginn 2. Quartal 2018, Fertigstellung 2. Quartal 2020.

## **Planungsrecht**

Der Rat

- stimmte (gegen FDP, BÜ 90, Linke, 1 Stimme TP/FW) dem vorhabenden bezogenen **Bebauungsplanentwurf Theodorstraße/A 52**, seiner öffentlichen Auslegung sowie dem Abschluss einer Eckpunktevereinbarung mit der Vorhabenträgerin zu. Das 12,7 ha große Plangebiet liegt innerhalb des Gewerbe- und Fachmarktstandorts Theodorstraße. Hier befanden sich leerstehende Bürogebäude und großflächige Hallen sowie Stellplatzflächen des Flughafens. Jetzt sollen ein Möbelmarkt mit 43.000 qm und ein Möbelfachmarkt Sconto mit 6.845 qm Verkaufsfläche nebst einem rückwärtigen Lagergebäude entstehen. Die Gebiete werden mit entsprechenden maximalen Verkaufsflächen als Sondergebiete ausgewiesen. Die verkehrliche Erschließung erfolgt von der Theodorstraße. Eine weitere untergeordnete Zufahrt ist in der Straße Am Hülserhof vorgesehen. Die Stellplätze sollen dem Hauptgebäude vorgelagert und entlang der Theodorstraße sowie in einer Tiefgarage errichtet werden. Es werden Verkaufsflächenobergrenzen für nicht zentrenrelevante Kern- und Randsortimente sowie zentrenrelevante Randsortimente festge-

legt. Die Eckpunktevereinbarung wird Grundlage des noch zu schließenden Durchführungsvertrages sein. Hier werden u.a. Fristen festgelegt, um eine zügige Errichtung des Möbelhauses zu gewährleisten;

- beschloss einstimmig die **Änderung des Flächennutzungsplans „Ulmer Höh“** sowie für eine Teilfläche den **Bebauungsplan „Ulmer Höh - Südteil“**. Das 6,4 ha große Gebiet ist bisher als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Justizvollzugsanstalt“ und im südlichen Teilbereich als Fläche für Gemeinbedarf mit den Bestimmungen „Jugendeinrichtung“ und „öffentliche Verwaltung“ ausgewiesen. Jetzt wird der Großteil als Wohnbaufläche dargestellt. Im nördlichen Bereich sind auch gewerbliche Nutzungen vorgesehen, daher erfolgt hier der Ausweis als Mischgebiet. Kindertagesstätten und Spielplätze werden ebenso geplant. Im südlichen 4,1 ha großen Teilgebiet, das von der Ulmer Höh GmbH & Co.KG („Dornieden“) entwickelt wird, wird in 3 bis 6-geschossigen Gebäuden Baurecht für bis zu 225 Wohnungen und eine Kindertageseinrichtung durch Erweiterung der bestehenden Einrichtung an der Metzger Straße geschaffen. Gemäß Handlungskonzept Wohnen werden 20 % geförderte und 20 % preisgedämpfte Wohnungen entstehen. Es soll Wohnraum für eine Wohngruppe realisiert werden. Stellplätze werden überwiegend in Tiefgaragen untergebracht.

Bürgermeister Günter Karen-Jungen (BÜ90/Die Grünen) verabschiedete sich aus der Ratsarbeit. Aus gesundheitlichen Gründen hat er sein Ratsmandat zum 31.12.2017 niedergelegt. Oberbürgermeister Thomas Geisel dankte für sein Engagement.

## **Haushalt 2018**

Beschlossen wurden folgende Anträge von SPD, BÜ 90, FDP:

- Prüfung der Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den städtischen Tochtergesellschaften, insbesondere im Bereich der inneren Verwaltung mit dem Ziel, durch Kooperationen in den Bereichen wie Abrechnungen, Beschaffungen und interkommunale Kooperationen Kosten zu sparen. Die Ergebnisse sind dem Personal- und Organisationsausschuss vor der Sommerpause darzustellen.
- Umsetzung des Projektes Verwaltung 2020 weiterhin mit hoher Priorität mit dem Ziel, dass alle Ämter und Institute im Laufe des Jahres 2018 die Voraussetzungen für die Zertifizierung erfüllen. Dem Personal- und Organisationsausschuss soll jeweils zur Haushaltssitzung eine komprimierte Stellenbilanz zum Stellenplan vorgelegt werden, in der die Veränderungen detailliert dargestellt werden.
- Im Rahmen der „Projektgruppe Sanierung Kulturgebäude“ Erarbeitung eines Konzeptes zur Refinanzierung der Sanierungen der Kulturbauten und Vorlage im Kulturausschuss bis zur Sommerpause, z.B. unter Berücksichtigung des Hofgärtnerhauses, des alten Balletthauses Oberkassel und der Lagerhalle Selbecker Straße der Deutschen Oper.
- Sonderzuschuss an das Puppentheater Helmholtzstraße in Höhe von 54.000 Euro für den Ankauf von Inventar und Repertoire-Stücken
- Übertragung von Restmitteln in Höhe von 40.240 Euro nach 2018, davon Bereitstellung von 30.000 Euro für die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für die Bühnen insbesondere die Probebühnen der freien Szene Tanz und Theater
- Evaluierung und Weiterentwicklung der vorhandenen städtisch geförderten Angebote für Geflüchtete hinsichtlich der Zielgruppen und tatsächlichen Bedarfe in den Bereichen Sprache, Arbeit/Ausbildung, Wohnen und Gesundheit mit dem Ziel der Vernetzung und Optimierung der Strukturen und Angebote sowie Berücksichtigung von Fördermöglichkeiten durch EU, Bund und Land.
- 60.000 Euro für das Düsselnetz des Psycho-Sozialen-Zentrums und 105.000 Euro für den Sprach- und KulturmittlerInnenpool von Intermigras, 55.000 Euro für die Förderung von Sprachkursen, auch für ehrenamtliche Initiativen und Vereine, wie Hispi. Finanzierung durch Übertragung von Restmitteln aus dem Bereich Integrati-

- on von Menschen mit Migrationshintergrund (70.000 Euro) und erwartete Einnahmen aus dem Bereich Kostenerstattung und Umlage vom Land (150.000 Euro)
- Weiterentwicklung des Förderprogramms zur Reduzierung von Barrieren im Wohnungsbestand mit dem Ziel einer effizienten und passgenauen Förderung möglichst vieler Maßnahmen. Die Kürzung im Haushalt 2018 um 0,5 Mio. Euro ist einmalig. In der mittelfristigen Finanzplanung bleiben 1,2 Mio. Euro, die ggf. nach Weiterentwicklung des Programms angepasst werden.

Der **Stellenplan** wurde mit den Stimmen von SPD, BÜ 90, FDP beschlossen.

Der **Gesamthaushalt** mit Erträgen in Höhe von 2,861 Mrd. Euro und Aufwendungen in Höhe von 2,86 Mrd. Euro wurde mit den Stimmen von SPD, BÜ 90, FDP, Pirat gegen CDU, Linke, TP/FW, AfD, Rep beschlossen. Der Haushalt schließt somit mit einem Überschuss in Höhe von 1,4 Mio. Euro ab. Investitionen sind in Höhe von 275 Mio. Euro geplant. Kredite aus dem Förderprogramm "Gute Schule 2020" werden in Höhe von 8,13 Mio aufgenommen. Zur Liquiditätssicherung können Kredite bis zu 500 Mio. Euro aufgenommen werden. Die Steuersätze für Grund- und Gewerbesteuer bleiben unverändert.

Die Rede von Markus Raub zum Haushalt kann hier nachgelesen werden:  
<http://www.spd-duesseldorf.de/html/-1/welcome/index.html>

Die Sitzung dauerte von 9 bis 19 Uhr. Da kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern frohe und friedliche Weihnachten sowie Gesundheit, Glück und Erfolg für 2018.

Mit freundlichen Grüßen  
Helga Leibauer